

### 6 Monate Provinzialverwaltung Halle Frühjahrsbestellung und Bauernhilfe

Im großen Sitzungssaal der Provinzialverwaltung Sachsen, der mit den Landestafeln und dem Wappen unserer Provinz geschmückt war, fand am 27. Februar d. J. anlässlich des sechsmonatigen Bestehens der Provinzialverwaltung eine kleine Feier statt.

Einleitend spielte das Städtische Streichquartett das Adagio aus dem G-dur-Quartett von Joseph Haydn.

Präsident Dr. Hübener begrüßte die Herren der SMA, die Vizepräsidenten und Bezirkspräsidenten, die Vertreter des Antifaschistischen Blocks, des FDGB und die Landräte und Oberbürgermeister der Provinz. Er befaßte sich eingehend mit der Entwicklung der Provinz und ihres Verwaltungsapparates und führte die zahlreichen Sachgebiete der Verwaltung an, deren Zusammenwirken vor allem durch die freundliche Verantwortung der damit Beauftragten gewährleistet wird.

Anschließend ergriff Vizepräsident Siwert das Wort zu dem wichtigen Thema „Frühjahrsbestellung und Neubauernhilfe“. Er führte aus: Die Frühjahrsbestellung ist entscheidend für die Ernte. Alles muß aus dem Boden herausgeholt werden, was möglich ist. In der russischen Zone sollen gegenüber 1945 550 000 ha zusätzlich bestellt werden, das sind 300 000 ha mehr als 1937—1938.

Die Herbstbestellung war trotz aller Erschwernisse befriedigend. Es wurden rund 435 000 Hektar mit Wintergetreide und 28 000 Hektar mit Wintererbsen bestellt —, das ist mehr

als ein Drittel der gesamten ackerbäuerlichen Nutzfläche der Provinz.

Es muß alles geschehen, um auch für Altbauern das Saatgut zu beschaffen. Für die Neubauern ist das Saatgut in erster Linie aus den Beständen des aufgeteilten Gutes unentgeltlich zu verteilen. Bei der Verteilung des Saatgutes aus vorhandenen Beständen ist die für die ganze Landwirtschaft angeordnete Lieferungspflicht zu beachten.

Die Provinz Sachsen ist auserehen, die Gebiete der sowjetischen Besatzungszone mit Saatgut zu versorgen und darüber hinaus in verschiedenen Pflanzenarten die westdeutsche Versorgung zu unterstützen. Eine andere wichtige Frage ist die Versorgung der Landwirtschaft mit Mineraldüngern. Hier sind wir an die Produktionskraft der Industrie gebunden. Es stehen uns in diesem Jahr durchschnittlich 25 Prozent der Menge zur Verfügung, die im Jahre 1938 verbraucht wurde.

Die Verbesserung der Viehbestände ist eine wichtige Aufgabe. Es ist vorgesehen, die Rindviehbestände im Laufe des Jahres um 10 Prozent, die Schweinebestände um rd. 70 Prozent und die Schafbestände sowie die Geflügelbestände um 50 Prozent zu erhöhen.

Die Blockparteien und der FDGB werden sich in hervorragender Weise um die Neubauernhilfe kümmern. Von der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei wird eine große Mobilisierung aller Kräfte in Stadt und Land vorbereitet.

Zu allem kommt die Hilfe der sowjetischen Administration. Eine Mitteilung, die ich

erst in den letzten Tagen erhalten habe, ist dafür besonders charakteristisch. Diese Mitteilung besagt:

Alle Hilfspüter der Roten Armee werden liquidiert. Damit fallen 25 000 ha an die Provinz in den Bodenfonds zurück, sie müssen von uns bestellt werden. Das Saatgut für die ganze zu übergebende und noch zu besäende Fläche soll mit übergeben werden, und zwar auf 1 ha Land 1,5 dz Getreide oder 15 dz Kartoffeln.

So verdichtet sich die Hoffnung zur Gewißheit, daß durch den Einsatz aller Kräfte die Frühjahrsbestellung restlos und pünktlich erfüllt und damit die Voraussetzung für eine erfolgreiche Ernte im Jahre 1946 geschaffen ist.

Herr Oberst Guskow begrüßte im Namen der Sowjetischen Militärischen Administration den Präsidenten Dr. Hübener, die Vizepräsidenten, die Oberbürgermeister und Landräte, die Vertreter des Antifa-Blocks sowie des FDGB. Er betonte, daß die Früchte der halb-jährigen Arbeit der Provinzialverwaltung gut seien. Anschließend wünschte Oberst Guskow der Provinzialverwaltung weitere fruchtbare Arbeit zum Wohle des neuen demokratischen Deutschlands. Die Ausführungen des Herrn Oberst Guskow wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Zuletzt spielte das Städtische Streichquartett das feierliche Andante cantabile mit Variationen aus dem Beethoven-Quartett in A-dur.

### Deutsche Politik Zur Diskussion um das Ruhrgebiet

Von Franz Dahlem

In den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz der drei alliierten Großmächte vom August 1945 wurden die Bedingungen festgelegt, unter denen Deutschland die Wiedergutmachung der durch die Hitlerbarbarei den anderen Völkern verursachten Schäden leisten, seine eigene Landwirtschaft und Friedensindustrie aufzurichten und den Neuaufbau des Landes auf demokratischer Grundlage durchführen soll. Ausdrücklich wird in diesen Beschlüssen festgelegt: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einziges wirtschaftliches Ganzes zu betrachten“ (Punkt 14). Unmissverständlich heißt es in Punkt 15: „Eine alliierte Kontrolle ist über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind.“

Die antifaschistischen demokratischen Parteien, die Träger des neuen Deutschlands, haben die Bedingungen der Potsdamer Beschlüsse, die dem deutschen Volke die doppelte Aufgabe der Wiedergutmachung und des Aufbaus seines eigenen Lebens stellen, die von ihm auf lange Jahre hinaus angestrengteste Arbeit erfordern, ehrlich und gewissenhaft akzeptieren können, weil sie die Möglichkeit geben, einen Ausweg aus dem deutschen Chaos zu einem neuen friedlichen Leben zu finden. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien konnten die Verantwortung für dieses schwere Werk insbesondere auch deshalb mit Vertrauen in die Zukunft übernehmen, weil in den Potsdamer Beschlüssen folgende Aufforderung enthalten ist:

„Den deutschen Behörden ist vorzuschlagen, in möglichst vollem Umfang die Verwaltung dieses Apparates (des deutschen Verwaltungsapparates) zu fordern und zu übernehmen. Auf diese Weise ist dem deutschen Volke klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Verlegen auf ihm ruhen wird.“

Die Verantwortung für diese deutsche Verwaltung, für ihr Gelingen, wie für ihr Versagen, waren wir gewillt und bleiben wir gewillt, zu tragen.

In der sowjetischen Besatzungszone haben die antifaschistischen Parteien, insbesondere die zwei Arbeiterparteien, bewiesen, daß sie imstande sind, eine neue faschist-reine Verwaltung von unten bis oben auf demokratischer Grundlage aufzubauen, die Landwirtschaft auf eine neue, breite Basis zu stellen und erfolgreich die Friedensindustrie anzukurbeln. Es erwies sich dabei, daß bei freier demokratischer Entfaltung aller Kräfte des werktätigen Volkes die Arbeiterklasse die führende Rolle in der neuen Ordnung übernimmt. Die Kongresse des FDGB für Groß-Berlin und für die sowjetische Besatzungszone, die im Namen von zwei Millionen Gewerkschaftlern sprachen, waren ein Ausdruck dafür.

Es ist daher nur natürlich, daß auf Grund dieser Entwicklung ein großer Impuls von Berlin ausging: durch den Appell der vier

### FDGB-Provinzsausschubtug

Am 1. März 1946, 10 Uhr, im Gewerkschaftsbaus.

Tagesordnung:

1. Der Wirtschaftsplan 1946 und die Gewerkschaften.
2. Bericht der Bezirkssekretäre.
3. Beitragsregelung.
4. Organisationsfragen.

antifaschistischen demokratischen Parteien in ihrer Kundgebung im Funkhaus zur nationalen Einheit Deutschlands und durch den auf dem FDGB-Kongreß erhobenen Anspruch auf die führende Rolle der Arbeiterklasse beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands und bei der Sicherung seines nationalen Bestandes. Als Gewerkschaftsdelegierter und zugleich als Vertreter des ZK der KPD hat Walter Ulbricht durch die Deklaration für das Ruhrgebiet diese nationale Rolle der deutschen Arbeiterklasse besonders unterstrichen.

Wenn Berlin der Kopf, die Hauptstadt Deutschlands ist, so ist das Ruhrgebiet das Herz unseres Landes, ohne dessen gesunden Schlag die Glieder nicht mit blutvollem Leben durchpulst sein können. Beide gehören zusammen, sind unzertrennbar, ohne ihre Einheit kann Deutschland nicht leben. Das haben die Ruhrkumpels auf ihre großen Betriebsrätekonferenzen in Dortmund im Namen aller 198 Ungeklärt, das haben jetzt die Berliner Gewerkschaftskongresse stark und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Warum war es die Kommunistische Partei Deutschlands, welche die Initiative in diesem brennenden Frage unserer nationalen Schicksals ergriff? Weil die KPD die einzige deutsche Partei ist, die zur Zeit als zentrale ideologisch und organisatorisch einheitliche Partei in Deutschland besteht und weil sie, frei von jeglichen Tendenzen des Separatismus und des Nationalismus, die einzige deutsche Partei ist, die sich für die Wiederaufbau einer neuen demokratischen Wirtschaft entschieden hat.

### Internationaler Frauentag am 8. März

Auf der 2. Internationalen Konferenz der Sozialistinnen in Kopenhagen im Jahre 1910 wurde auf Vorschlag von Clara Zetkin beschlossen, in jedem Jahr am 8. März einen Internationalen Frauentag durchzuführen. Dieser Tag hatte die Aufgabe, breitesten Frauenmassen in allen Ländern zum revolutionären Kampf gegen die Reaktion zu mobilisieren.

Der Internationale Frauentag wurde in Deutschland, in Oesterreich, Dänemark und in der Schweiz durchgeführt. 1913 wurden auch in Frankreich am 8. März öffentliche Demonstrationen der Frauen veranstaltet. Im gleichen Jahre führten die Frauen in Rußlands in Petersburg den Frauentag ein. Eine der Hauptlosungen des Internationalen Frauentages war der Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

Der 8. März ist der Tag der Freundschaft der Frauen aller Schichten und fortschrittlicher Anschauungen der ganzen Welt. Millionen älterer Frauen aber werden sich erinnern, daß am Internationalen Frauentag ehemals wichtige Kundgebungen und eindrucksvolle Demonstrationen für die Forderungen der Frauen veranstaltet worden sind. In diesem Jahr wird der 8. März für die Frauen auch in Deutschland wiederum ein Kampftag sein, an dem sie ihre Freude über den Sturz des Hitlerregimes, ihren Willen, ein demokratisches Deutschland, in dem Frauen und Männer die gleichen Rechte haben, aufzubauen, zum Ausdruck bringen werden.

### Vorsemester für begabte Volksgenossen

Mit der Einrichtung der Vorsemester an der Universität für besonders begabte Volksgenossen ist ein weiterer Schritt getan, allen Jugendlichen den Weg zu einer gründlichen Berufsausbildung zu bahnen. Aber nicht nur allein eine günstigere berufliche Aufstiegs-möglichkeit bringt diese Neuerung mit sich, auch ideologisch werden durch die Verbindung die Bestrebungen der neuen Zeit unterstützt.

Die Betriebe, Gewerkschaften und Jugend-schüsse haben eine Auswahl der Bewerber zu treffen. Wird ein Jugendlicher von einem Betrieb zur Universität geschickt, muß er nicht nach Ablauf des Studiums an die alte Arbeits-stätte zurückkehren, wohl aber wird sich der Jugendliche dem Betrieb gegenüber immer verpflichtet fühlen, während der Studienzeit mit Ernst und Einsatzfreudigkeit an seine neuen Aufgaben heranzugehen.

### Wintershall A.-G. baut auf

Das durch den Wahnsinnkrieg des Hitlerregimes zerstörteste Werk im Geiseltal ist das Werk Wintershall A.-G. in Krumpa.

Noch wenige Tage vor Einmarsch der alliierten Truppen wurde das Werk durch zwei dichtaufeinanderfolgende furchtbare Luftangriffe zerstört. Alle, die diese Verhältnisse miterlebt hatten, glaubten wohl kaum, daß das Werk seinem ursprünglichen Zweck — Herstellung von Treibstoffen — wieder einmal nutzbar gemacht werden könnte. Vor allen Dingen schwanden die Hoffnungen während der Besetzung durch die amerikanischen Truppen, da hier keinerlei Anstalten zu einem Aufbau gemacht wurden.

Mit Einzug der Roten Armee begannen auch hier sofort wieder die Wiederaufbau-

arbeiten im Werke und gaben damit den vielen Menschen des Geiseltals, des Unstruttals und der Querfurter Platte Arbeit und Brot.

Inzwischen sind wir nun über die ersten Monate angestrengter Tätigkeit zu Ergebnissen gekommen, auf die wir stolz sein können.

Die zweite Produktionsanlage konnte in diesen Tagen ihrer Bestimmung übergeben werden, nachdem schon vor kurzem neben dem Betriebsrat für Dampf- und Stromerzeugung die Rohöldestillation in Betrieb genommen wurde.

Neben dem technischen Aufbauprogramm wurde vom Betriebsrat die politische Bereinigung innerhalb des Betriebes durchgeführt. Im wöchentlichen Wechsel treten die Betriebsräte zusammen, um alle betriebstechnischen und sozialen Fragen innerhalb ihres Betriebes zu klären. Zwei Betriebsgruppen, KPD und SPD, schulen die hier organisierten Mitglieder der beiden Parteien.

Ein von der Jugend selbstgewählter Betriebs-jugendleiter fungiert einerseits mit dem Betriebsrat, andererseits mit der Betriebsjugend im besten Einvernehmen und meistert, über betriebliche Schwierigkeiten hinweg, die ihm gestellten Aufgaben. Der Wiederaufbau der zertrümmerten Nachwuchsausbildung ist der erste große Schritt, um all die hier beschäftigten Lehrlinge wieder in ein geregeltes Lehrverhältnis zu bringen. In Jugendversammlungen werden politische Referate und Diskussionen, die in betrieblicher Hinsicht zur Debatte stehen, besprochen und geklärt.

In sozialer Hinsicht werden all die vielen Umsiedler, Evakuierten und zurückgekehrten Soldaten sowie Männer und Frauen des Betriebes, die hier wohnhaft bzw. im Gemeinschaftslager außerhalb des Betriebes gut untergebracht sind, mit Textilwaren, Waschmitteln und Kohlen versorgt.

Neben der Arbeit wurde in Belegschafts-feldern die Gemeinschaft der Einheit gefördert und gestärkt.

So läuft das Rad des Betriebes, überwacht vom Betriebsrat, in guten Bahnen und trägt einen großen Teil zum Wiederaufbau einer neuen demokratischen Wirtschaft entscheidend bei.

### Frankreich sperrt Pyrenäengrenze

Paris, 27. Februar (SNB). Wie der Pariser Rundfunk meldet, hat der französische Ministerrat auf seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die französisch-spanische Grenze ab 1. März zu sperren. Es ist noch nicht bekannt, ob sich diese Sperre nur auf den Waren- und Personenverkehr oder auch auf den Post- und Telegraphenverkehr zwischen den beiden Ländern erstrecken wird.

Eine direkte Folge dieser Entscheidung der französischen Regierung ist die Aufhebung des französisch-spanischen Handelsabkommens vom September 1945. Dieses Handelsabkommen, das für eine Dauer von sechs Monaten gültig war, wurde bis jetzt nur zu 10 v. H. ausgeführt.

Der Ministerrat beschloß gestern außerdem, Botschaften an die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu senden, in denen auf die Gefahr aufmerksam gemacht wird, welche die Lage in Spanien für die Weltfriedenslage darstellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die spanische Frage dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorgelegt wird.

### Die ersten Auswirkungen

Hendaye (SNB). Nach einer France-Press-Meldung beschloß Franco am 27. Februar morgens die Schließung der französisch-spanischen Grenze.

Mexiko (SNB). Laut „France Presse“ rief Frankreichs Beschluß, die Pyrenäengrenze zu schließen, große Aufregung in den im Exil

befindlichen republikanischen Kreisen hervor. Sie halten den günstigen Moment für gekommen, darauf hinzuwirken, daß die Großmächte die Beziehungen mit Franco abbrechen.

Spanische Republikaner aller Schattierungen beschlossen, sich unverzüglich zusammenzufügen, um gemeinsam an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gerichtete Telegramme abzusenden.

subelastet ist von der Verbindung und Unterstützung der alten kapitalistisch-imperialistischen Kräfte, die unser Volk in den Krieg und in die Katastrophe geführt haben. Weil die KPD vor und während des Hitlerregimes einen rücksichtslosen Kampf gegen Faschismus und Reaktion führte, dem Zehntausende ihrer besten Funktionäre zum Opfer fielen, und weil auch heute wieder die KPD als stärkste antifaschistische Kraft im Kampfe gegen die wieder das Haupt erhebenden Mächte des Faschismus und der Reaktion in Deutschland steht.

Auf Grund dieses ihres Prestiges — bei dem großen Mitleid, das heute noch in vielen anderen Ländern gegenüber dem deutschen Volk besteht — kann die Kommunistische Partei Deutschlands, berufen als andere, an die besondere Aufgabe herangehen, dem französischen Volk die von diesem mit Recht geforderte Sicherheit für ein normales Ueberfall durch ein imperialistisches Deutschland zuzusichern. Wir erinnern daran, daß es Ernst Thälmann war, der im Herbst 1932 nach Paris eilte und in einer Massenkundgebung den französischen Arbeitern ein Bündnis der beiden Parteien im Kampf um die Freiheit anbot. Wir erinnern daran, daß wir, deutsche und französische Antifaschisten, eng miteinander verbunden waren im Kampf der Internationalen Brigaden in Spanien, in der französischen Widerstandsbewegung und in den französischen Parteien der Kooperationskämpfern. Wir wollen und werden diese Kampfesbrüderlichkeit einsetzen, um mitzuwirken, endlich ein neues und dauerndes Verhältnis der Freundschaft zwischen den beiden Nachbarvölkern im Westen herzustellen.

Wir kennen die Lage, in der sich heute Frankreichs Volk auf Grund der Ausraubungspolitik der Hitlerbande befindet. Wir wissen, daß seine Männer, Frauen und Kinder nicht das notwendige Brot und Fleisch zum Lebensunterhalt haben. Wir lasen in den Reden der Führer unsere großen Brüderpartei die Befürchtungen der französischen Arbeiter angesichts der Pläne internationaler Monopolkapitalisten, im Rheinland und Ruhrgebiet die alten großkapitalistischen Zustände mit ihren Konzernern, Großbanken, reaktionären und zum Teil faschistischen Institutionen zu rehabilitieren.

Aber wo liegt die wahre Garantie für die Sicherheit Frankreichs und für den Frieden Europas? Das deutsche Volk ist durch die Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse mit der Wiedermachung und mit der allierten Kontrolle über die Ruhrgebiet verbunden. Die Forderung auf Abtrennung des Ruhrgebietes jedoch ist für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die Werkschichten an Rhein und Ruhr, würden eine solche Lage niemals anerkennen. Die Ruhrarbeiter haben sich bereit erklärt, sowohl im Bereiche der Wiedermachung, wie auch für den Wiederaufbau der gesamten deutschen Wirtschaft, in ununterbrochenen Schichten die Kohlenproduktion immer mehr zu steigern; als freie Arbeiter! Eine andere Entwicklung würde in Deutschland nur zu einer weiteren faschistischen Kräfte Wasser auf die Mühlen lenken und, anstatt friedlichen Aufbaus, einen Herd ständiger Unruhe und Gefahr für den Frieden schaffen. Die wahre Sicherheit für Frankreich besteht darin, daß es sich mit dem deutschen Volk, den Kräfte des Faschismus und der Reaktion vernichtet werden.

Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden, wenn die deutsche Arbeiterklasse im neuen demokratischen Deutschland die Führung übernimmt und dies ist nur möglich unter der Bedingung ihrer vollen politischen und organisatorischen Einheit. Im Ruhrgebiet und im Rheinland sind die kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter fest zusammengeschlossen in ihren Gewerkschaften; sie werden die stärksten Garanten eines friedlichen Aufbaus sein, sofern sie ungetrübt sich entfalten und mitbestimmend in den Betrieben und in der Wirtschaft wirken können. Die Schaffung eines freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über ganz Deutschland und die rasche Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in eine einheitliche Partei sind eine mächtige Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — das ist eine nationale Lebensfrage des deutschen Volkes geworden. Das wird die sicherste Gewähr für eine friedliche Entwicklung in Europa sein.

## Das Los gefangener Rotarmisten

Der Nürnberger Prozeß  
Nürnberg (SNB). Im Rahmen der Beweisführung der sowjetischen Anklage führte Oberst Smirnow dem Gericht zwei Zeugen vor. Als erster erschien der russische Bauer Jakob Grogorjew. „Am 28. Oktober 1943“, so erzählt er, „überließen deutsche Soldaten unser Dorf. Ich mußte mich mit meinen Söhnen Alexej und Nikolai an die Wand stellen, worauf die Soldaten auf uns zu schießen begannen. Ich stand etwas gebückt, als der erste Schuß krachte. Ich war so erschrocken, daß ich zu Boden fiel und dort liegen blieb. Als alle erschossen waren, gingen die Deutschen weg. Ich hatte schon wieder meine Besinnung gewonnen und sah mich um. In der Nähe meines Sohns Nikolai lag liegen. Ich zog meinen Fuß aus den Leichen heraus, richtete mich auf und fing an zu schreien. In diesem Moment hörte ich meinen zweiten Sohn, der ebenfalls am Leben geblieben war. Wir warteten etwas, aber plötzlich sah ich zwei Soldaten krochen, sahen uns deutsche Soldaten, die uns sofort beschossen. Ich kam in den nächsten Wald, wo ich am nächsten Morgen einen Bekannten traf. Er erzählte mir, daß mein Sohn am Leben sei und sich nach Norddorf befindet. Dort traf ich dann einen Knecht aus meinem Dorf, dem es ebenfalls gelang, den Deutschen zu entfliehen. Dieser erzählte mir, was in dem zweiten Haus passiert war, in das man meine Frau und meinen kleinen Sohn gebracht hatte. Nachdem die deutschen Soldaten ihren Lauf genommen hatten, zündeten sie es an. Wer daraus entfliehen wollte, wurde erschossen. Es sind dadurch viele Menschen lebendigen Leibes verbrannt unter ihnen auch mein Sohn Peter.“

Oberst Smirnow wendet sich dann der

## Pariser Friedenskonferenz am 1. Mai

Washington (SNB). Eine Botschaftermeldung zufolge sprach der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, James Byrnes, auf einer Pressekonferenz die Hoffnung aus, daß die Friedenskonferenz, wie vorgesehen, am 1. Mai in Paris beginnen würde. Er betonte, daß er keinen Grund für einen Aufschub sehen könne, aber falls es einen langwierigen Aufschub geben sollte, würde er den Vorschlag in Betracht ziehen, eine Konferenz der Außenminister der Großen zu beschleunigen. Er wies darauf hin, daß die Stellvertreter der Außenminister, die jetzt in London tagen, weitere zwei Monate zur Verfügung haben, während welcher Zeit sie ihre Aufgabe der Vertragsausarbeitung vollenden können.

## Volksabstimmung in Italien

Republik oder Monarchie  
Rom (SNB). Der italienische Minister hat am 28. Mai eine Volksabstimmung für das ganze Land festgesetzt. Die Italiener sollen dabei über die Frage Republik oder Monarchie und ferner über die Rechte der verfassunggebenden Versammlung entscheiden.

Revolutionär unerwünscht  
Moskau (SNB). Wie die italienische Presse meldet, hat das State-Department der Vereinigten Staaten von Amerika der italienischen Regierung ein Dokument überreicht, in dem darauf hingewiesen wird, daß die italienische Konstituante keinen revolutionären Charakter tragen dürfe. Die fortschrittliche Presse Italiens protestiert gegen diese Ein-

mischung der amerikanischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Italiens.

Die belgische Regierungsfrage  
Brüssel (SNB). Wie „Associated Press“ meldet, läßt es die Weigerung der Liberalen Partei in Belgien, ihre Kräfte mit denen der Christlich-sozialen (Katholiken) zu vereinigen, als gewiß erscheinend, daß Achille van Acker ein Ministerpräsident an der Spitze einer neuen Koalitionsregierung zurückkehren wird. Eine am Dienstag herausgegebene offizielle Erklärung von Josef Heuse, dem amtierenden Präsidenten der Liberalen, besagte, daß „eine Koalition von der CSP (Christlich-Sozialen Partei) eine Unmöglichkeit“ sei.

## Vorbildliche Nachwuchsförderung im Buna-Werk

Vielseitige Berufsausbildung Voraussetzung für den Aufbau — Gestaltung der Lehrwerkstätten im demokratischen Sinne

Für den wirtschaftlichen Neuaufbau unseres Vaterlandes ist auch die Berufsausbildung ein entscheidender Faktor. Auf diesem Gebiete wurde besonders vom Buna-Werk Vorbildliches geleistet.

Die gesamte Berufsausbildung untergliedert sich in vier Hauptberufsgruppen: Metallhandwerker, Holzhandwerker, Chemie-Labor-Jungwerker und Industriekaufleute. Insgesamt stehen zur Zeit etwa 350 Jugendliche in der Ausbildung. Die Leitung der Lehrwerkstätten ist einem Betriebsingenieur übertragen. Der erste Lehrmeister ist ein Obermeister, welcher die Berechnung zur Lehrausarbeitung besetzt. Weiter sind sechs Meister für diese Zwecke eingesetzt.

Um den Aufbau der Lehrwerkstätten im demokratischen Sinne zu gestalten, steht der Betriebsleitung ein Jugendbeirat beratend zur Seite.

Das Buna-Werk übernimmt bei Eintritt in die Lehre die gesamten Ausbildungskosten und Sozialleistungen. Außerdem erhält der Lehrling noch eine Erziehungsbeihilfe, welche sich in vier Gruppen staffelt: 1. Lehrjahr monatlich 25 RM, 2. Lehrjahr monatlich 35 RM, 3. Lehrjahr monatlich 45 RM, 4. Lehrjahr monatlich 55 RM.

Das Werk gewährt den in den Lehrwerkstätten beschäftigten Jugendlichen einen Urlaub von 18 Werktagen im 14. und 15. Lebensjahre, 15 Werktagen im 16. Lebensjahre, 12 Werktagen im 17. und 18. Lebensjahre. Darüber hinaus können die Jugendlichen auf Kosten des Werkes einen vierzehntägigen Erholungsurlaub in einem Jugenderholungsheim erhalten.

Die Aufnahme der Jugendlichen im Werk ist von einer Eignungsprüfung abhängig. Die Lehrwerkstätten des Buna-Werkes bestehen aus drei Werkstätten und einem im Aufbau befindlichen Technikum für die Ausbildung von Metallhandwerkern, einer Lehrschieber- und Lehrsäbelsäher, einem Laboratorium, sechs großen Unterrichtsräumen mit den dazu gehörigen Vorbereitungs- und Lehrmitteln. Jeder Lehrling verfügt in den Lehrwerkstätten

sowie jeder Anlernling im Lehrlaboratorium über einen eigenen Arbeitsplatz, über eigenes Werkzeug bzw. Laboratoriumsgerät. Sämtliche Lehrlinge, die für die verschiedenen Handwerkerberufe vorgesehen sind, erhalten im ersten Abschnitt ihrer Ausbildung eine für alle gleichgestellte Grundausbildung. Im Anschluß hieran erhalten die Lehrlinge ihre Weiterbildung in den verschiedenen Abteilungen der Lehrwerkstätte, wie Dreherei, Maschinenbearbeitung, Handschmiede, Autogen- und Elektroschweißer usw.

Nach Ablauf dieses Lehrabschnittes erfolgt ein Praktikum für die Ausübung von produktiven Arbeiten innerhalb der Lehrwerkstätten. Den letzten Teil ihrer fachlichen Ausbildung erleben die Handwerkerlehrlinge in den Betriebswerkstätten des Werkes. Den Abschluß der Lehre bildet die Facharbeiterprüfung. Im Betriebe durchläuft der Lehrling ein technisches und Handelskammer und des Lehrgewinnes des Buna-Werkes tritt der neue Facharbeiter hinaus in den Betrieb.

Ein Chemie-Labor-Jungwerker erhält zu nächst in einer Lehrwerkstatt eine etwa zweimonatliche handwerkliche Grundausbildung. Es folgt eine mehrtägige chemische Grundausbildung, die durch ein einjähriges Praktikum in den Laboratorien. Nach dieser Grundausbildung in der Übungsgemeinschaft kommen die

Wilhelm Pieck spricht in Zeitz  
am Dienstag, dem 5. März 30 Uhr, in einer Doppelversammlung im „Preussischen Hof“ und „Capitol“.

Genossen und Genossinnen Einwohner von Zeitz bereitet dem Vorkämpfer der Einheit der Arbeiterklasse einen würdigen Empfang. Schmückt eure Häuser, Fahnen heraus!

Organisations-Komitee der Sozialistischen Einheitspartei — Zeitz.

## Um Deutschlands Westgrenzen

London (SNB). Nach Reuter meldet Radio Paris am Mittwoch, daß Frankreich in Kürze Großbritanien und den Vereinigten Staaten die Einberufung einer Konferenz zur Bestimmung der Westgrenzen Deutschlands vorschlagen wird.

Darmstadt (SNB). Die zahlreichen Splitterparteien und sonstigen Parteigruppen im Regierungsbezirk Darmstadt haben sich, wie der amerikanische Nachrichtendienst meldet, den vier großen von der Militärregierung genehmigten Parteien angeschlossen. In Starkenburg und Oberrhein bestehen demnach nur noch vier Parteien: Sozialdemokraten, christliche Demokraten, Kommunisten und liberale Demokraten.

## Auflee zur indischen Lage

London (SNB). „Associated Press“ berichtet, daß der britische Premierminister Attlee im Parlament erklärte, die britische Regierung unterstütze die Bestrafung der Aufständischen der indischen Marine. Der Konservative Butler sprach im Namen der Opposition ebenfalls für die Unterstützung der betreffenden Maßnahmen.

Chemie-Labor-Jungwerker in die einzelnen Betriebslaboratorien des Werkes bzw. in die wissenschaftlichen und Untersuchungsabteilungen sowie in die anwendungstechnischen Abteilungen. Am Ende der Anlernzeit wird die Fachprüfung abgelegt.

Die betriebliche Ausbildung der Industriekaufmannslehrlinge erfolgt nach Ableistung eines dreimonatigen praktischen handwerklichen Grundlehrganges in den Lehrwerkstätten, in sämtlichen Abteilungen und Unterabteilungen unseres kaufmännischen Betriebes.

Um dem Lehrling eine erweiterte Ausbildung im kaufmännischen Bankwesen zu vermitteln, folgt eine zweimonatige Ausbildung bei der Bank der Provinz Sachsen.

Sämtliche Jugendliche, die die Berufsausbildung im Buna-Werk abschließen, und ihre Anlern- bzw. Lehrausbildung mit sehr gut oder gut bestehen, werden für die Begabtenförderung vorgeschlagen. Es wird diesen begabten Jugendlichen die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung gegeben.

Für die Auslese der begabten Jugendlichen übernimmt das Buna-Werk die Kosten für den Besuch einer Ingenieurschule. Bei ausgesprochener Begabung wird sogar ein Studium auf der Technischen Hochschule, Handelshochschule oder Universität vorgesehen.

## Metallbau-Halberstadt im Aufstieg

Der Wahnsinn der letzten Tage des Hitlerkrieges hat in Halberstadt besonders in Erscheinung. Hier wurden auch der Firma Metallbau, welche im Kriege große Behälter aus Leichtmetall hergestellt hatte, große Bestände an Roh- und Halbfertigfabrikaten, zum Teil auch an Maschinen und Einrichtungen vernichtet.

Trotzdem wurde mit etwa fünf Arbeitkräften Ende April der Geschäftsbetrieb wieder aufgenommen. Die Bestände an Aluminiumgeschosse wurden herzustellen. Für diese Fertigung standen vorerst noch keine Werkzeuge und Betriebsmittel zur Verfügung, doch wurde emsig an der Schaffung der Voraussetzungen für die Fertigung gearbeitet. Einmal an Fertigungsbetrieb betrug zu Beginn 10-20 Stück, währenddem heute mit 160 Belegschaftsangehörigen etwa 500 Geräte täglich hergestellt werden. Durch Erweiterung des Produktionsprogrammes werden heute außerdem besonders Geräte für die Landwirtschaft, wie Milchmesser, Kartoffelkörbe und Dingerstreuemulden hergestellt. Außer Bettstellen aus Leichtmetall, welche ebenfalls produziert werden, ist die Herstellung von weiteren Möbeln aus Stahlrohr bzw. Leichtmetall geplant.

Die Belegschaft setzt sich zu zwei Dritteln aus Mädchen und Frauen zusammen, insbesondere sind es viele Jugendliche, welche beschäftigt werden. In der meiste, fallen banale, aber doch sehr wichtige, Aufgaben an noch verbliebenen Beständen Aluminiumgeschosse herzustellen. Für diese Fertigung standen vorerst noch keine Werkzeuge und Betriebsmittel zur Verfügung, doch wurde emsig an der Schaffung der Voraussetzungen für die Fertigung gearbeitet. Einmal an Fertigungsbetrieb betrug zu Beginn 10-20 Stück, währenddem heute mit 160 Belegschaftsangehörigen etwa 500 Geräte täglich hergestellt werden. Durch Erweiterung des Produktionsprogrammes werden heute außerdem besonders Geräte für die Landwirtschaft, wie Milchmesser, Kartoffelkörbe und Dingerstreuemulden hergestellt. Außer Bettstellen aus Leichtmetall, welche ebenfalls produziert werden, ist die Herstellung von weiteren Möbeln aus Stahlrohr bzw. Leichtmetall geplant.

Die Belegschaft setzt sich zu zwei Dritteln aus Mädchen und Frauen zusammen, insbesondere sind es viele Jugendliche, welche beschäftigt werden. In der meiste, fallen banale, aber doch sehr wichtige, Aufgaben an noch verbliebenen Beständen Aluminiumgeschosse herzustellen. Für diese Fertigung standen vorerst noch keine Werkzeuge und Betriebsmittel zur Verfügung, doch wurde emsig an der Schaffung der Voraussetzungen für die Fertigung gearbeitet. Einmal an Fertigungsbetrieb betrug zu Beginn 10-20 Stück, währenddem heute mit 160 Belegschaftsangehörigen etwa 500 Geräte täglich hergestellt werden. Durch Erweiterung des Produktionsprogrammes werden heute außerdem besonders Geräte für die Landwirtschaft, wie Milchmesser, Kartoffelkörbe und Dingerstreuemulden hergestellt. Außer Bettstellen aus Leichtmetall, welche ebenfalls produziert werden, ist die Herstellung von weiteren Möbeln aus Stahlrohr bzw. Leichtmetall geplant.

Die Belegschaft ist über den Produktionsplan genau informiert. Monats- und Tagesauftragsschemata sind für jede einzelne Arbeitsgruppe durch Anschlagtafeln kenntlich gemacht, und die tatsächlich erreichten Tageszahlen werden den Sollzahlen täglich gegenübergestellt.

Die sozialen Verhältnisse leiden zur Zeit immer noch an den riesigen Zerstörungen. Es gibt noch kein gemeinschaftliches bzw. EBR, aber in Gemeinschaftsarbeit wird ein Problem nach dem anderen gelöst. Von einer Gemeinschaftsküche wird bereits für die Belegschaft das Mittagessen bezogen. Zum Frühstück wird im Betrieb selbst täglich Kaffee oder abwechselnd heiße Brühe kostenlos verabreicht. Gemeinsam mit dem Betriebsrat werden für die

Belegschaft laufend Gebrauchsartikel gekauft und ohne Nutzen abgegeben, desgleichen monatlich je ein Gerät aus dem eigenen Fertigungsprogramm. Außerdem verfügt der Betriebsrat über einen Sonderfonds, aus welchem Unterstützungen an die Belegschaft in besonderen Fällen geleistet werden.

Es herrscht ein Geist besonders guter Zusammenarbeit zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Betriebsleitung. Alle Schwierigkeiten, alle aktuellen Fragen werden gemeinsam besprochen und gelöst.

## Großhessen für nationale Einheit

Wiesbaden (SNB). Nach einem Bericht des amerikanischen Nachrichtendienstes wurde in der Eröffnungssitzung des beratenden Landesauschusses von Großhessen von den vier Parteien, SPD, CDU, KPD und LPD, eine gemeinsame Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt:

„Die Not von Land und Volk verlangt gebieterisch die Feststellung, daß die elementarste Voraussetzung jeder dauernden Lebensmöglichkeit unseres Volkes in der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands besteht.“

Indem die Festlegung der Potsdamer Konferenz erwähnt wird, daß während der Dauer der Besetzung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden soll, wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß diese die wesentlichen Vorbedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes anerkennenden Grundsätze so bald als möglich in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

„Wir bekennen uns darüber hinaus zu der Erwartung und dem Verlangen, daß der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auch die seiner politischen Einheit folgt. Wir wollen, daß ein so gestaltetes Deutschland, erfüllt von wahrhaft demokratischem Geiste, recht bald seinen Platz unter den Vereinten Nationen einnehmen möge.“

Verlag und Druck: Volkshaus, Druckerei und Verlagsgesellschaft, Halle, Gr. Braustraße 16/17, Tel. SA Nr. 7011, Betriebsrat Hugo Sauer, Bericht der Redaktion, Halle-S., Gr. Braustraße 16/17, Telefon-Sammel-Nr. 7011 und 246 00, Redaktionsschluß 27 Uhr.

Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen sie leitet.  
Karl Marx: Inaugural-Adresse

# DIE EINHEIT

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut.“  
Friedrich Engels  
Brief zum Gothaer Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Entwurf:

## Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Zur Diskussion in allen Mitgliederversammlungen und Funktionärsitzungen

Zwölf Jahre faschistischer Diktatur, sechs Jahre Hitlerkrieg schleuderten das deutsche Volk in die furchtbarste wirtschaftliche, politische und sittliche Katastrophe seiner Geschichte.

**Deutschland wurde in ein Trümmerfeld verwandelt.**

Der Hitlerfaschismus war das Herrschaftsinstrument der wildesten reaktionären und imperialistischen Teile des Finanzkapitals, der Herren der Rüstungskonzerne, der Großbanken und des Großgrundbesitzes.

Durch die Spaltung der Arbeiterklasse gelangte der Faschismus zur Macht. Mit grausamstem Terror vernichtete er alle demokratischen Rechte und Freiheiten und verwandelte Deutschland in ein Militärzuchtthaus.

Damit war der Weg für eine ungeheuernte imperialistische Kriegspolitik frei.

Der deutsche Imperialismus opferte seinen Weltmachtsansprüchen bedenkenlos das Leben und die Existenz von Millionen Arbeitern, Bauern, Gewerbetreibenden, Geistesarbeitern und vor allem der Jugend, er setzte Existenz und Zukunft der Nation aufs Spiel.

**Wo ist der Ausweg aus der Katastrophe?**

Militarismus und imperialistische Gewalt- und Kriegspolitik haben Deutschland zweimal in das größte nationale Unglück gestürzt.

Die Sicherung des Friedens, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und die Erhaltung der Einheit Deutschlands erfordern die Vernichtung der Ueberreste des Hitlerfaschismus und die Liquidierung des Militarismus und Imperialismus.

**Niemals wieder darf die Reaktion zur Herrschaft gelangen!**

Dazu ist die Einheit der Arbeiterbewegung und der Block aller antifaschistisch-demokratischen Parteien die wichtigste Voraussetzung.

Von allen Schichten des deutschen Volkes haben die Werktätigen das größte Leid, die größten Lasten getragen. Sie sind die große Mehrheit des Volkes. Auf ihren Schultern ruht in erster Linie die Last des Wiederaufbaues und der Wiedergutmachung.

**Das schaffende Volk muß daher auch die Geschicke des neuen demokratischen Deutschlands bestimmen.**

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und fterdenkteste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.

**Die Arbeiterklasse allein hat ein großes geschichtliches Ziel: den Sozialismus.**

Ihr gehört daher im Bunde mit den Werktätigen die Zukunft.

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien unteilbaren deutschen Republik haben wird und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammt.

**Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unausschiebbare Gebot der Stunde!**

Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

## I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Ueberreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftseleitungen von Faschisten und Reaktionen.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole. Uebergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und demokratische Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Ueberführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und

Länder oder der gesamt-deutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. Planmäßige Förderung der Bedarfsgüterzeugung in Industrie und Handwerk unter Einschaltung der Privatinitiative. Stärkste Intensivierung und Förderung der Landwirtschaft. Wiederaufbau der zerstörten Städte und beschleunigte Wiederherstellung des Transports und Sicherheit des Verkehrs. Schaffung der Grundlagen zur Wiedereingliederung Deutschlands in den internationalen Warenaustausch durch Ausfuhr von Bedarfsgütern und Einfuhr fehlender Rohstoffe und Lebensmittel auch mit Hilfe internationaler Warenkredite. Neuaufbau des Kreditwesens durch öffentliche Kreditinstitute.

Arbeitsbeschaffung für alle Werktätigen. Sicherung des lebensnotwendigen Bedarfs der breiten Volksmassen an Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung.

7. Demokratische Steuerreform. Vereinigung des Steuerwesens durch stoffe Zusammenfassung aller Steuerarten. Stärkste Berücksichtigung der sozialen Lage bei der Steuerbemessung. Die Feichten sollen die größeren Kriegslasten tragen.

8. Sicherung der demokratischen Volksrechte. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Bild und Schrift unter Wahrung der Sicherheit des demokratischen Staates gegenüber reaktionären Anschlägen. Gesinnungs- und Religionsfreiheit. Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied von Rasse und Geschlecht. Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben und im Beruf. Staatlicher Schutz der Person. Demokratische Rechts- und Justizreform.

9. Sicherung des Koalitions-, Streik- und Tarifrechtes. Anerkennung der Betriebsräte als gesetzliche Vertretung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb. Gleichberechtigte Mitwirkung der Betriebsräte in allen Betriebs- und Produktionsfragen.

10. Achtstundentag als gesetzlicher Normalarbeitszeit. Ausbau des gesetzlichen Arbeitsschutzes, besonders für Frauen und Jugendliche. Ausbau einer einheitlichen Sozialversicherung unter Einbeziehung aller Werk-

tätigen. Neuordnung der Sozialfürsorge, des Mütter-, Kinder- und Jugendschutzes. Besondere Fürsorge für die Opfer des Faschismus. Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer.

11. Demokratische Reform des gesamten Bildungs- und Erziehungswesens. Aufbau der Einheitschule. Erziehung der Jugend im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie der Freundschaft unter den Völkern und einer wahren Humanität. Jeder Deutsche hat das Anrecht auf Bildung nach seinen Anlagen und Fähigkeiten. Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule. Kulturelle Erneuerung Deutschlands: Förderung von Literatur, Kunst und Wissenschaft.

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik. Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstandards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.  
14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

## II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

**Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsandrohung.**

**Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.**

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwandlung der Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbindet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft um diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerbrechung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.

## III. Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Die geschichtliche Aufgabe der geeinten Arbeiterbewegung ist es, den Kampf der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes bewußt und einheitlich zu gestalten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Gegenwartsbestrebungen der Arbeiterklasse in die Richtung des Kampfes um den Sozialismus zu lenken, die Arbeiterklasse und das gesamte schaffende Volk bei der Erfüllung dieser ihrer historischen Mission zu führen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kann ihren Kampf nur erfolgreich führen, wenn sie die besten und fortgeschrittensten Kräfte der Werktätigen vereint und durch die Vertretung ihrer Interessen zur Partei des schaffenden Volkes wird.

Diese Kampforganisation beruht auf dem demokratischen Beschlußrecht ihrer Mitglieder, der demokratischen Wahl aller Partelleitungen und der Bindung aller Mitglieder, Abgeordneten, Beauftragten und Leitungen der Partei an die demokratisch gefaßten Beschlüsse.

Die Interessen der Werktätigen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise gleich. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erklärt sich daher eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder. Sie fühlt sich solidarisch mit den friedliebenden und demokratischen Völkern der ganzen Welt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft als unabhängige Partei in ihrem Lande, für die wahren nationalen Interessen ihres Volkes. Als deutsche sozialistische Partei ist sie die fortschrittlichste und beste nationale Kraft, die mit aller Energie gegen alle partikuläristischen Tendenzen für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Einheit Deutschlands eintritt.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird sich nach diesen Grundsätzen und Forderungen ein Programm geben, das vom Parteivorstand der Mitgliedschaft vorzulegen und vom nächsten ordentlichen Parteitag zu beschließen ist.

**Die Einheit der sozialistischen Bewegung ist die beste Gewähr für die Einheit Deutschlands! Sie wird den Sieg des Sozialismus sichern! Der Sozialismus ist das Banner der Zukunft!**

**In diesem Zeichen werden wir siegen!**

# Parteisatz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

§ 1 Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die politische Organisation der deutschen Arbeitervolksgemeinschaft. Die Partei erfüllt ihre Aufgaben auf Grund der Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Beschlüsse des Parteitag und dieses Statuts.

## Mitgliedschaft

- 1. Mitglied kann werden, wer die Parteitage beschließt und dieses Statut anerkennt und sich verpflichtet, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.
- 2. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch den Ortsgruppenvorstand.
- 3. Wird die Aufnahme abgelehnt, so ist die Beschwerde an den Kreisvorstand zulässig. Sie muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des ablehnenden Beschlusses eingeleitet werden.
- 4. Erhebt eine andere Parteikörperschaft gegen die Aufnahme Einspruch, so entscheidet der Kreisvorstand darüber, inwieweit dessen Entscheidung kann die beteiligte Parteikörperschaft Beschwerde an den Landes- (Provincial-) Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingeleitet werden.

## § 3

Auf die Mitgliedschaft wird die ununterbrochen bis zum Verbot der Parteien von 1933 zurückgelegte Mitgliebszeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bei der Kommunistischen Partei Deutschlands und bei den unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angerechnet.

## § 4

- 1. Die Mitgliedschaft endet:
  - a) durch Austritt,
  - b) durch Ausschluß,
  - c) durch Tod.
- 2. Wer aus der Partei ausscheidet, verliert für sich und seine Rechtsnachfolger jeden Anspruch an das Parteivermögen.

## § 5

- 1. Der Ausschluß aus der Partei erfolgt, wenn das Mitglied gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei groblich verstößt oder wenn es ehrlös handelt oder wenn es durch beharrliches Zügelhandeln gegen Beschlüsse der Partei die Partei schädigt.
- 2. Ueber den Ausschluß entscheidet der Kreisvorstand. Gegen die Entscheidung des Kreisvorstandes kann der Ausschlossene oder der zuständige Ortsgruppenvorstand Beschwerde bei dem Landes- (Provincial-) Vorstand einlegen. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingeleitet werden.
- 3. Ueber die Beschwerde entscheidet das Parteischiedsgericht des Landes- (Provincial-) Verbandes.
- 4. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts kann der Ausschlossene oder der beteiligte Ortsgruppen- oder Kreisvorstand die Entscheidung des Parteitag anrufen. Dies muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung des Schiedsgerichts bei dem Zentralsekretariat des Parteivorstandes geschehen.

## § 6

Die zur Entscheidung berufenen Instanzen sind berechtigt, statt auf Ausschluß aus der Partei auf zeitweilige Ausschließung von Ämtern oder auf die Erteilung eines Verweises oder einer Rüge zu erkennen.

## § 7

Die Mitgliedschaft wird gestrichen, wenn das Mitglied trotz Mahnung länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand bleibt. Stundung der Beiträge ist zulässig.

## Gliederung der Partei

## § 8

- Die Partei gliedert sich in:
  - a) Betriebsgruppen u. Wohnbezirksgruppen
  - b) Ortsgruppen
  - c) Kreise
  - d) Bezirke
  - e) Landes- (Provincial-) Verbände.

## § 9

- 1. Die Wohnbezirks- und Betriebsgruppen sind die Grundeinheiten der Partei. Beruflose, arbeitslose Mitglieder und Mitglieder, die in Betrieben tätig sind, für die eine Betriebsgruppe nicht besteht, gehören zu der Gruppe ihres Wohnbezirks. In Betrieben, in denen mindestens drei Parteimitglieder tätig sind, wird eine Betriebsgruppe errichtet. Parteimitglieder, die in einem Betriebe tätig sind, in denen eine Betriebsgruppe besteht, sind verpflichtet, dieser Betriebsgruppe anzugehören und darin mitzuwirken. Sie sind berechtigt, an den Versammlungen der Gruppe ihres Wohnbezirks mit beratender Stimme teilzunehmen.
- 2. Die Grundeinheiten wählen eine Leitung zur Führung der Betriebs- oder Wohnbezirksgruppen.

## § 10

- 1. Die Grundeinheiten in einer Gemeinde werden zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. In größeren Städten werden die Ortsgruppen in Stadtbezirke gegliedert.
- 2. Die Ortsgruppe wird von einem Ortsgruppenvorstand geleitet. Der Ortsgruppenvorstand besteht aus mindestens sechs Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Sekretäre werden nach Bedarf mit Zustimmung des Kreisvorstandes angestellt.

- 3. Der Ortsgruppenvorstand und die Sekretäre werden von der Generalversammlung gewählt.
- 4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Generalversammlung drei Revisoren.
- 5. Mitgliederversammlungen finden nach Bedarf, in der Regel monatlich, statt.

## § 11

### Kreise

- 1. Die Ortsgruppen in einem Landkreise werden zu einem Kreis zusammengeschlossen. In Stadtkreisen werden die Stadtbezirke zu einem Kreis zusammengeschlossen. Kreisfreie Städte gehören zu dem angrenzenden Kreise.
- 2. Der Kreis wird von einem Kreisvorstand geleitet. Der Kreisvorstand besteht aus zwanzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Dem Kreisvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.
- 3. Die Geschäfte des Kreises werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus sechs bis acht Mitgliedern, darunter mindestens eine Frau.
- 4. Der Kreisvorstand wird von der Kreisdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats vom Kreisvorstand aus seiner Mitte wählt. Die Anstellung von Sekretären erfolgt durch den Kreisvorstand mit Zustimmung des Bezirksvorstandes.
- 5. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Kreisdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

## § 12

- 1. Kreisdelegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, in der Regel halbjährlich, statt. Zu der Kreisdelegiertenkonferenz entsendet jede Ortsgruppe (jeder Stadtbezirk) Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung. Sie wird vom Kreisvorstand mit Zustimmung des Bezirksvorstandes erlassen.
- 2. Die Delegierten werden von den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen (Stadtbezirke) gewählt. Die Kreisdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Kreisvorstand einberufen werden.
- 3. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt die Anträge der Ortsgruppen und der Delegierten.
- 4. Auf Verlangen des Bezirksvorstandes sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- 5. Der Kreisvorstand erstattet der Kreisdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Kreisdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## § 13

### Bezirke

- 1. Mehrere Kreise in einem Lande oder einer Provinz werden zu einem Bezirk zusammengeschlossen, sofern sie nicht unmittelbar dem Landes- (Provincial-) Verbande angeschlossen sind.
- 2. Der Bezirk wird von einem Bezirksvorstand geleitet. Er besteht aus dreißig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Bezirksvorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.
- 3. Die Geschäfte des Bezirks werden von einem Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus 8 Mitgliedern, darunter mindestens zwei Frauen.
- 4. Der Bezirksvorstand wird von der Bezirksdelegiertenkonferenz, die Mitglieder des Sekretariats vom Bezirksvorstand aus seiner Mitte wählt.
- 5. Die Anstellung der Bezirkssekretäre erfolgt durch den Bezirksvorstand mit Zustimmung des Landes- (Provincial-) Vorstandes.
- 6. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Bezirksdelegiertenkonferenz drei Revisoren.

## § 14

- 1. Bezirksdelegiertenkonferenzen finden mindestens einmal jährlich statt. Zu dieser Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung. Sie wird von dem Bezirksvorstand mit Zustimmung des Landes- (Provincial-) Vorstandes erlassen.
- 2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt.
- 3. Die Bezirksdelegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Bezirksvorstand einberufen werden.
- 4. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Bezirksvorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise und der Delegierten.
- 5. Auf Verlangen des Landes- (Provincial-) Sekretariats sind auch die von diesen gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- 6. Der Bezirksvorstand erstattet der Bezirksdelegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Bezirksdelegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## § 15

- 1. Die Kreise oder die Bezirke in einem Lande (einer Provinz) werden zu einem Landes- (Provincial-) Verbande zusammengeschlossen.
- 2. Der Landes- (Provincial-) Verband wird von einem Landes- (Provincial-) Vorstand geleitet. Er besteht aus mindestens vierzig Mitgliedern, darunter zwei gleichberechtigten Vorsitzenden. Jeder Kreis muß vertreten sein. Dem Landes- (Provincial-) Vorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

- 3. Die Geschäfte des Landes- (Provincial-) Vorstandes werden vom Landes- (Provincial-) Sekretariat geführt. Das Sekretariat besteht in der Regel aus zehn bis zwölf Mitgliedern, darunter mindestens drei Frauen. Der Landes- (Provincial-) Vorstand wird von den Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenzen gewählt. Die Mitglieder des Sekretariats werden vom Landes- (Provincial-) Vorstand aus seiner Mitte gewählt. Die Anstellung von Landessekretären erfolgt durch den Landes- (Provincial-) Vorstand mit Zustimmung des Parteivorstandes.
- 4. Zur Prüfung der Kassengeschäfte wählt die Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz drei Revisoren.
- 5. Wie wahl ferner das Schiedsgericht. Es besteht aus fünf Mitgliedern, darunter einem Vorsitzenden.

## § 16

- 1. Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenzen finden nach Bedarf, mindestens einmal jährlich, statt. Zu der Delegiertenkonferenz entsendet jeder Kreis Delegierte. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung, die vom Landes- (Provincial-) Vorstand mit Zustimmung des Parteivorstandes erlassen wird.
- 2. Die Delegierten werden von den Kreisdelegiertenkonferenzen gewählt. Die Mitglieder der Bezirkssekretariate an der Delegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil.
- 3. Die Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz muß unter Angabe der Tagesordnung in der Regel mit einer Frist von einem Monat durch den Landes- (Provincial-) Vorstand einberufen werden.
- 4. Die Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz beschließt über die Vorlagen des Landes- (Provincial-) Vorstandes und die Anträge der Ortsgruppen, der Kreise, der Bezirke und der Delegierten.
- 5. Auf Verlangen des Zentralsekretariats sind auch die von diesem gewünschten Angelegenheiten zu verhandeln.
- 6. Der Landes- (Provincial-) Vorstand erstattet der Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz jährlich einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichten die Revisoren über ihre Tätigkeit. Die Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz beschließt über die Abnahme dieser Berichte.

## § 17

### Parteitag

- 1. Parteitage finden nach Bedarf, in der Regel jährlich, statt. Die Zahl der Delegierten bestimmt die Wahlordnung, die vom Parteivorstand erlassen wird.
- 2. Die Delegierten werden von den Landes- (Provincial-) Konferenzen gewählt.
- 3. Der Parteitag muß unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten durch den Parteivorstand einberufen werden.
- 4. Der Parteitag beschließt über die Vorlagen der Ortsgruppen und die Anträge der Landes- (Provincial-) Verbände, der Delegierten.
- 5. Der Parteitag wählt die zwei Parteivorstände mit gleichen Rechten und die anderen Mitglieder des Parteivorstandes sowie die Revisionskommission. Der Parteivorstand erstattet dem Parteitag einen Tätigkeits- und Kassenbericht. Außerdem berichtet die Revisionskommission über ihre Tätigkeit. Der Parteitag beschließt über die Abnahme dieser Berichte. Er beschließt ferner über Berufungen gegen Entscheidungen der Schiedsgerichte.

## § 18

### Parteivorstand

Die Partei wird von dem Parteivorstand geleitet. Er besteht aus achtzig Mitgliedern. Dem Parteivorstand müssen Frauen und jugendliche Parteimitglieder in angemessener Zahl angehören.

## § 19

### Zentralsekretariat

- 1. Zur Durchführung der Politik der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte die Mitglieder des Zentralsekretariats.
- 2. Das Zentralsekretariat besteht aus zwölf Mitgliedern, einschließlich der beiden Parteivorstände. Dem Zentralsekretariat müssen mindestens zwei Frauen angehören.
- 3. Die Partei wird durch die Parteivorstände gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

## § 20

### Tagungen, Abstimmungen, Aemler

- 1. Außerordentliche Ortsgruppenversammlungen, Delegiertenkonferenzen oder Parteitage finden auf Beschluß der zur Einberufung berechtigten Körperschaft, der überordneten Gliederung, des Parteivorstandes oder eines Drittels der zur Entsendung von Delegierten berechtigten Gliederungen statt. Die Einberufungsfrist wird dabei auf die Hälfte gekürzt.
- 2. Stimmberechtigt auf den Tagungen sind die Delegierten. Die Mitglieder der einberufenen Körperschaft nehmen mit beratender Stimme teil.
- 3. Die Vertreter der überordneten Gliederungen sind berechtigt, an allen Verhandlungen der ihnen nachfolgenden Parteigliederungen und deren Körperschaften teilzunehmen und jederzeit, auch außer der Reihe, das Wort zu nehmen.
- 4. Die Verhandlungen werden durch eine Geschäftsordnung geregelt, die der Parteivorstand erläßt. Er erläßt auch eine Geschäftsordnung für die Verfahren der Schiedsgerichte.

- 5. Beschlüsse bedürfen zu ihrer Annahme der einfachen Mehrheit. Anträge zum Parteiprogramm und Anträge auf Auflösung der Partei bedürfen zu ihrer Annahme einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmungsberechtigten.

- 6. Wahlen sind geheim. Sie können mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Abstimmungsberechtigten durch Handheben erfolgen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, kann die Wahl auch durch Zurf erfolgen. Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt.

- 7. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär kann nur gewählt werden, wer seit mindestens einem Jahr Mitglied der Partei ist. Zu einem Ehrenamt oder zum Sekretär im Landes- (Provincial-) Vorstand oder im Parteivorstand oder für die Wahl zu einem Landes- oder Reichsparlament kann nur Gewählt werden, wer seit mindestens 3 Jahren Mitglied der Partei ist. Von diesem Grundsatz kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden, wenn es das Parteinteresse erfordert. Die Aufstellung von Kandidaturen bedarf der Zustimmung des Vorstandes der überordneten Gliederung.

- 8. Die Wahlzeit für Parteiamter beträgt in der Regel ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Die vorzeitige Abarufung bedarf der Zustimmung des Vorstandes der überordneten Gliederungen. Gegen den Beschluß dieser Körperschaft steht dem Abarufenen und der beteiligten Körperschaft die Beschwerde an die überordnete Gliederung zu. Die Beschwerde muß innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung eingeleitet werden.
- 9. Die Tätigkeits der Vertreter der Partei in den Parlamenten, den Selbstverwaltungsorganen, den Regierungen und allen sonstigen öffentlichen Ämtern unterliegt den Beschlüssen und der Kontrolle der zuständigen Parteikörperschaften.

## § 21

### Beiträge

- 1. Das Eintrittsgeld beträgt RM 1,—.
- 2. Der Beitrag beträgt monatlich RM 1,—. Er ermäßigt sich für Beruflose, Arbeitslose und Jugendliche auf die Hälfte.
- 3. Mitglieder mit höherem Einkommen sind verpflichtet, außerdem monatlich die vom Parteivorstand festgesetzten Sonderbeiträge zu zahlen.

## § 22

- 1. Die Eintrittsgelder und Beiträge werden durch die Ortsgruppe erhoben. Die Beitragszahlung wird durch Marken bescheinigt, die in das Mitgliedsbuch (Mitgliedskarte) eingeklebt werden.
- 2. Von den Einnahmen an Eintrittsgeldern stehen der Parteikasse die Hälfte, von den Einnahmen an Beiträgen steht ihr ein Viertel zu.
- 3. Die Landes- (Provincial-) Delegiertenkonferenz bestimmt mit Zustimmung des Zentralsekretariats, welchen Anteil der Beitragsaufnahme die Ortsgruppen an ihren Bezirken oder an ihren Landes- (Provincial-) Verbänden abzuführen haben.
- 4. Die Kreisdelegiertenkonferenz bestimmt, welchen Anteil der Beitragsaufnahme die Ortsgruppen an ihren Kreis abzuführen haben. Diese Festsetzung bedarf der Zustimmung des Bezirksvorstandes (des Landes- oder des Provincialvorstandes).
- 5. Die Ortsgruppen führen ihre Zahlungen in monatlichen Teilbeiträgen aus. Die Zahlungen für die zentrale Parteikasse erfolgen an die Kasse des Bezirks- oder des Landes- (Provincial-) Verbandes. Diese gibt die Beiträge in monatlichen Teilzahlungen an die zentrale Parteikasse weiter.
- 6. Die Ortsgruppen und die Landes- (Provincial-) Verbände rechnen vierteljährlich ab.
- 7. Für die Kassaführung erläßt das Zentralsekretariat eine Kassensatzung.
- 8. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 9. Für die Berechnung der Mitgliederzahlen, die für die Delegiertenzahlen zugrunde zu legen sind, wird von dem Vierteljahresabschluß ausgegangen, der dem Vierteljahr vorausgeht, in dem die Einberufung der Tagung erfolgt.

## § 23

### Parteiorgan

Zentralorgan der Partei ist die „Deutsche Volkszeitung“. Alle Bekanntmachungen des Parteivorstandes erfolgen im Zentralorgan. Die Landes- (Provincial-) Verbände geben für ihren Bereich mit Zustimmung des Zentralsekretariats Tageszeitungen heraus. Die Geschäftsleitung des Verlags und die Haltung des Parteiorgans wird von einer Pressekommission überwacht. Die Pressekommission wird von dem Landes- (Provincial-) Vorstand gewählt. Die Anstellung von Redakteuren der zentralen Parteiorgane bedarf der Bestätigung des Zentralsekretariats.

Das wissenschaftliche Organ der Partei ist die Monatsschrift „Einheit“.

Die Herausgabe von Literatur durch Parteiverlage erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralsekretariat.

Das Zentralsekretariat ist berechtigt, die Parteiorgane, die Geschäftsführung der Parteigliederungen und deren wirtschaftliche Unternehmungen zu überwachen und zu diesem Zwecke Berichte und Abrechnungen einzufordern und Einsicht in die Bücher und den Geschäftsverkehr zu nehmen.

Das Zentralorgan der Partei und die Monatsschrift „Einheit“ unterstehen unmittelbar dem Zentralsekretariat.

Freitag, 1. März, 19.30 Uhr: Wörnitz-Böllberg, Eudorusau, Merseburg, Stadtbezirk 9, 20 Uhr. Referent Genosse Rank.

Neues Jugendheim im Norden

Am Sonnabend, dem 2. März, um 17 Uhr, findet eine Veranstaltung zur Einweihung unseres neuen, selbst hergerichteten Jugendheimes...

Dritte Jugendkulturstunde

In der am kommenden Sonntag, dem 3. März, um 10.30 Uhr, stattfindenden 3. Jugendkulturstunde...

Wetterbericht vom 28. Februar

Wetterlage: Die Zufuhr kalter Luftmassen aus nördlichen Richtungen bringt unserem Gebiet erneute Schneefälle...

Hier spricht Leipzig

Programmvoranschau für Freitag, 1. März: 6.00 Nachrichten, 6.20 Für den Landwirt...

Bekanntmachung

Jeder, der als Dentist oder Zahnpraktiker oder Zahnchirurg selbständig in der h a n d t tätig ist...

Normaler Schulunterricht Mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsbehörden gelang es der Stadtverwaltung...

Rechtsbetreuung für Bedürftige Das Volkbildungsamt der Stadt Halle hat eine Rechtsbetreuungsstelle geschaffen...

Lebensmittelversorgung „März 1946“ Auf Brotschnitten kann auch Mehl im Verhältnis 100:60 (100 Teile Brot = 68 Teile Mehl) bezogen werden...

Die Abschnitte für Nahrungsmittel, Zucker, Marmelade, Kaffeesatz und Salz können vom Tage ihrer Gültigkeit ab mit den auf diesen aufgedruckten Warenarten und Gewichtsmengen beliefert werden...

Abgabe von Brot Wie das Amt für Handel und Versorgung in den „Amtlichen Mitteilungen“ bekanntigt, darf Brot auf die Brotschnitte der Lebensmittelkarten nur für jeweils drei Tage abgegeben werden...

Blickheifer eines Siebzigjährigen Der Postassistent I. R. Emil Wasnick, Schwalbenweg, begibt heute seinen 70. Geburtstag Vater Wasnick ist ein alter aufrechter Sozialdemokrat...

Zehnerkarten nicht mehr in Straßenbahnwagen Wie die Werke der Stadt Halle mitteilen, werden die Zehnerkarten ab 1. März nicht mehr durch das Fahrpersonal im Wagen, sondern in besonderen Verkaufsstellen für Straßenbahnwertzeichen verkauft...

Letzte Aufführung „Schneeflock und Regen tropf“ Am kommenden Sonnabend 15 Uhr ist die letzte Gelegenheit, das diesjährige Weihnachtsmärchen „Schneeflock und Regen tropf“...

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

„Gehen Sie ins Zimmer, ich kleide mich an!“ schlug die Mutter ihnen vor. „Wir haben ein Anliegen an Sie!“ sagte Samoilow bekümmert und finster...

Wenn man über die Versorgung mit Textilwaren spricht, dann muß berücksichtigt werden, daß die textilerzeugende Industrie, die Spinnereien, Webereien und Strickereien...

Wir alle wissen ja, welches Chaos auch auf dem Textilmarkt bei Kriegsende herrschte. Es hatte eine Bezugschein-Inflation schlimmsten Ausmaßes gegeben, und erst der Befehl Nr. 55 der SMA brachte wieder Ordnung in die Versorgungsfrage...

36000 fahren täglich mit der „Mübag“

Ich stand im Regen und wartete. Warten ist nichts besonderes. Man wartet so oft im Leben, aus zehn Minuten werden zwanzig, dreißig, die gab ich es auf, nach der Uhr zu sehen...

„Das stimmt!“ sagte Jegor Iwanowitsch. „Aber wenn wir ihnen jetzt die Suppe versetzen, sind sie vollständig bliamiert... Die Sache ist die: wenn wir jetzt abhören, unsere Textilmühle in der Fabrik zu schaffen, so klammern sich die Herren Gendarmen an diese traurige Tatsache und werfen sie gegen Pawel und seine Freunde, die man bereits ins Loch geworfen hat.“

mancher Verhandlung und den Verwaltungen der abgehenden Länder. Für das Jahr 1946 ist jedoch eine hundertprozentige Erfüllung des Auslieferungssolls zugesagt und zwar entsprechend dem Produktionsanfall...

Eine andere Frage ist die Versorgung der Konfektionsindustrie in der Provinz Sachsen. Der Redner betonte u. a., daß wir unsere Ansprüche in erheblichem Umfang darauf abstellen müssen, Meierware herbeizubringen...

„Jawohl, und?“ „Sprechen Sie doch mit ihr, ob sie die Dinge nicht einschmuggeln will!“ „O nein! Das Weib ist geschwätzt. Nein! Wenn sie erfahren, daß die Sache durch mich, aus diesem Hause, in Neipal ist...“

Beide lachten. Und als die Mutter ihr Versehen begriff, begann sie selbst leise und verwirrt, dabei etwas verschämt, zu lächeln. „Jeder ist sich selbst der Nächste!“ sagte sie, dem Blick senkend...

Ein halbes Jahr Berliner Magistrat

Die Reden des Oberbürgermeisters Dr. Arthur Werner

Berichte der Stadträte

Herausgeber: I. Aufträge des Magistrats der Stadt Berlin

O. Wolsberger Photographen-Meister

Paß-Photos erstklassig Dienstag - Donnerstag

Sach- und Lebens-Versicherungsmittler der Provinz Sachsen

Fildalredaktion Halle

Universitätsring 27-28 Fernsprecher 2 28 45 / 46

Wir betreiben: Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Beraubungs-, Leitungs-, Wasserschaden-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrzeug-, Sturm-, Transport-, Hagel-, Tier- u. Lebensversicherungen

Auch jetzt werden Sie gut bedient im Möllerhaus

Leipziger Straße 102

Handtaschen, Geldbörsen usw. sowie

Textilarbeiten in gediegener handwerklicher Ausführung fertigt an

MT-Werkstatt G. Steinstraße 71, E. Ring Martiniweg, gegenüber Hauptpost

Schönen Sie Ihre alten Kleider verwerten Sie Ihre alten Kleider

Farbbänder durch Anschaffung des Farbbänder-Auffüllungsapparates

Standard-Plattenschnittmaschine

Rich. Platz & Co. Chemnitz, Gleierstraße 17/22

Putz- und Mauerwerk

laufend ab Hochturner lieferbar. Anfragen an

Industriefabrik A. O. Abt. Mörtelwerk Hochturner

sonstige tierische u. pflanzliche Schädlingsvergifter auf Grund langjähriger Erfahrungen nach modernsten Methoden

Waller Janka Halle, Magdeburger Straße 11

Ratten - Mäuse - Wanzen

Gerhard P. Schmidt Bernburger Str. 27, Ruf 335 02

Haus- u. Küchengeräte, Holzwaren, Gebrauchsgegenstände, Porzellan Kunstgewerbe

Dr. Felix Ullscheck Waschmittel

Friseurbedarfartikel Kosmetika Kalle-S.

Wir eröffnen am 1. März d. J. in Delitzsch eine Filiale der Bank der Provinz Sachsen

Kreisbank Delitzsch

Unsere Aufgaben sind: Eröffnung von Konten in der Rechnung u. von Sparkonten

Ein- u. Auszahlungsverkehr Ueberweisungs- u. Scheckverkehr

Kreisbank Delitzsch Filiale der Bank der Provinz Sachsen

Sparkasse des Mansfelder Seekraises

Annahmestelle Blüchhofstraße

Neueröffnung am 1. März 1946

Annahme von Spar u. Giroeinlagen sowie Auszahlungen Scheck- und Giroverkehr innerhalb der Sowjetzone. Bestatigungszone

Stellen-Gesuche

Verwaltungsfachmann für den öffentlichen Dienst, 14 Jahre, verh., Umsiedler, Verwaltung

Techn. Inspektor 4, Kraftfahrwesen, 32 Jahre, langjähriger

B. Hennberg, Große Ullrichstraße 41

Metallisolierungswerk

Stadtfeld-Leipz. 43, Ruf 202

Konstruktionen Neubauer

Leipzig C, Lampstraße 3

Pläne - Entwürfe und Zeichnungen

Radio-Bau Halle (Saale), Steinweg 37

Radio-Apparate

Otto Kirschmann K.G. Halle, Rudolf-Hyalm Straße 34

Verpammungsanzeigen

Personen-Anzeigen

Stellen-Angebote

Mittel-Industrieunternehmen

Dr. Felix Ullscheck

Kreisbank Delitzsch

Sparkasse des Mansfelder Seekraises

Stellen-Gesuche

Verwaltungsfachmann für den öffentlichen Dienst

Techn. Inspektor 4, Kraftfahrwesen

B. Hennberg, Große Ullrichstraße 41

Metallisolierungswerk

Stadtfeld-Leipz. 43, Ruf 202

Konstruktionen Neubauer

Leipzig C, Lampstraße 3

Pläne - Entwürfe und Zeichnungen

Radio-Bau Halle (Saale), Steinweg 37

Radio-Apparate

Otto Kirschmann K.G. Halle, Rudolf-Hyalm Straße 34

Heimarbeitler Jertzy an Wrycon, Halle, Leipziger Straße 28

In Artzheimisch sucht junge Frau

Blindenschriftsteller

Waldemar Hagenbach

Joseph Kardinal aus Bisch. Trier

Johann u. Berta Goll aus Leobnigk

Anton Erenberger und Frau Julia geb. Pflü

Anna und Emilie Blesner

Pauline Seifert

Josef Willert

Einzelmannhaus od. Landhaus

Miet-Gesuche

Unterrecht

Automarkt

Fahrzeuge

Geldmarkt

Tiermarkt

Verloren - Gefunden

Heimarbeitler Jertzy an Wrycon, Halle, Leipziger Straße 28

In Artzheimisch sucht junge Frau

Blindenschriftsteller

Waldemar Hagenbach

Joseph Kardinal aus Bisch. Trier

Johann u. Berta Goll aus Leobnigk

Anton Erenberger und Frau Julia geb. Pflü

Anna und Emilie Blesner

Pauline Seifert

Josef Willert

Einzelmannhaus od. Landhaus

Miet-Gesuche

Unterrecht

Automarkt

Fahrzeuge

Geldmarkt

Tiermarkt

Verloren - Gefunden

Heimarbeitler Jertzy an Wrycon, Halle, Leipziger Straße 28

In Artzheimisch sucht junge Frau

Blindenschriftsteller

Waldemar Hagenbach

Joseph Kardinal aus Bisch. Trier

Johann u. Berta Goll aus Leobnigk

Anton Erenberger und Frau Julia geb. Pflü

Anna und Emilie Blesner

Pauline Seifert

Josef Willert

Einzelmannhaus od. Landhaus

Miet-Gesuche

Unterrecht

Automarkt

Fahrzeuge

Geldmarkt

Tiermarkt

Verloren - Gefunden

Heimarbeitler Jertzy an Wrycon, Halle, Leipziger Straße 28

In Artzheimisch sucht junge Frau

Blindenschriftsteller

Waldemar Hagenbach

Joseph Kardinal aus Bisch. Trier

Johann u. Berta Goll aus Leobnigk

Anton Erenberger und Frau Julia geb. Pflü

Anna und Emilie Blesner

Pauline Seifert

Josef Willert

Einzelmannhaus od. Landhaus

Miet-Gesuche

Unterrecht

Automarkt

Fahrzeuge

Geldmarkt

Tiermarkt

Verloren - Gefunden

Verloren - Gefunden

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or other marginalia.